TABEAS TÄTIGKEITSBERICHT

Fridays for Future in Mainz

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor den Kommunalwahlen im Mai habe ich die Kreisverbände, wo ich konnte, mit großer Freude unterstützt. Und unser aller Einsatz hat sich dann am Ende auch wirklich ausgezahlt – sowohl bei den Kommunal- als auch bei den Europawahlen konnten wir tolle Ergebnisse feiern!

Im Juni fing für mich mit meiner Kandidatur für die OB-Wahl in Mainz der Wahlkampf aber erst so richtig an. Auf meiner Tour durch die Mainzer Stadtteile, auf unzähligen Podiumsdiskussionen, im Haustürwahlkampf, bei Infoständen und zahlreichen persönlichen Begegnungen habe ich die grüne Fahne hoch gehalten. Ich danke allen, die mich unterstützt und an mich geglaubt haben!

Leider hat es nicht geklappt, das Mainzer Rathaus zu erobern. 22,5 Prozent sind trotz allem ein respektables Ergebnis. Zudem konnte ich im Wahlkampf grüne Themen wie Klimaschutz, Verkehrswende und gutes Kitaessen auf die Agenda setzen. An den grünen Versprechen, die daraufhin meine Mitbewerber im Wahlkampf gemacht haben, muss sich der neue OB jetzt messen lassen.

Obwohl es ein schwieriger Spagat war, habe ich in diesem Jahr aber natürlich auch weiterhin im Bundestag meine Fachthemen vorangetrieben. Von Urheberrecht über Elektroschrott bis Verbraucherschutz und Grünes Kino habe ich Debatten geführt und Vorschläge unterbreitet. Ich habe noch viele Ideen, die ich im nächsten Jahr anpacken möchte: mit Euch zusammen, vor Ort in Rheinland-Pfalz und im Bundestag.

Herzlichst Eure

Tabea

13 BUNDESPOLITIK
13 RHEINLAND-PFALZ
14 NETZPOLITIK
14 VERBRACUHERSCHUTZ
15 MEDIENPOLITIK
16 PRESSESCHAU

2019

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Bundespolitik

Dank des beharrlichen Engagements von Fridays for Future ist in diesem Jahr im Bundestag so intensiv über Klimathemen diskutiert worden wie nie zuvor. Umso haarsträubender ist es, dass die Bundesregierung immer noch glaubt, dass ihre mickrigen Vorschläge zum Klimaschutz den Planeten retten könnten. Insbesondere da der Lärm der Proteste, der Freitags durch die Fenster drang, wenn die Fridays -for-Future-Demonstrationen am Bundestag vorbeizogen, allen Abgeordneten hätte zeigen müssen, wie vielen Menschen die Rettung des Planeten ein absolut dringliches Anliegen ist.

Der Kampf gegen Verkehrslärm ist weiterhin ein Thema, das ich mit großer Leidenschaft im Bundestag vertrete. Bereits im vergangenen Jahr hatte ich mit dem Parlamentskreis Fluglärm Anhörungen mit Bürgerinitiativen und Fluggesellschaften durchgeführt. In diesem Jahr haben wir auch die Luftfahrtverbände angehört. Im Moment sind wir gerade in Abstimmung eines Positionspapiers mit vielen konkreten Forderungen zur Reduzierung von Fluglärm. Klar ist: Eine Entlastung für Bürgerinnen und Bürger in Sachen Fluglärm können wir nur gemeinsam erreichen. Mit der Parlamentsgruppe Bahnlärm hatte ich im Mai ein Gespräch mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, mit dem wir über Wege diskutiert haben, wie der Bahnlärm für die Betroffenen schneller reduziert werden kann.

Gespräch Parlamentsgruppe Bahnlärm mit Bundesverkehrsminister Scheuer

Auch in diesem Jahr hatte ich die Gelegenheit, für die Parlamentarische Versammlung des Europarates an einer Wahlbeobachtung teilzunehmen. Dieses Mal ging es um die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, wo der Comedian und Politikneuling Wolodymyr Selenskyj die meisten Stimmen gewinnen konnte. Das Feststellen kleinerer Unregelmäßigkeiten sowie der Wunsch vieler Ukrainer*innen, nur unter Aufsicht internationaler Beobachter ihre Stimme abzugeben, zeigen, wie wichtig diese Wahlbeobachtungen sind.

OB Wahlkampf mit Cem in Mainz

Rheinland-Pfalz

im Frühjahr bin ich im Zuge des Europa- und Kommunalwahlkampfs wieder einmal viele hundert Kilometer durch Rheinland-Pfalz getourt, um Euch vor Ort zu unterstützen. Sei es bei Infoständen, beim Haustürwahlkampf, bei Lesungen oder Ortsbegehungen zu Themen wie Verkehr, Artenschutz oder Digitalisierung. Selten ging es bei einer Europawahl um so viel wie in diesem Jahr. Umso wichtiger war, dass wir die Bürger*innen mit unseren grünen Themen überzeugen und an die Wahlurnen bewegen konnten. Das ist uns in vielen Ecken in Rheinland-Pfalz sehr gut gelungen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Und für mich hieß es, ohne Pause gleich in den nächsten Wahlkampf zu gehen für das Amt der Oberbürgermeisterin in Mainz. Leider bin ich nicht in die Stichwahl gekommen, dafür konnte ich

wichtige grüne Themen setzen und habe meinen Mitbewerbern alles abverlangt.

Während des OB-Wahlkampfs und darüber hinaus habe ich dieses Jahr wieder an vielen Aktionen teilgenommen, die im Zeichen des Klima- und Umweltschutzes standen. So habe ich im Mainzer Lennebergwald bei der Naturschutzpflege angepackt oder auf Spielplätzen und beim RhineCleanUp Müll eingesammelt. Beim „Sternmarsch fürs Klima“ am 20. September bin ich zusammen mit Cem Özdemir und tausenden Mainzer*innen für die Zukunft unseres Planeten auf die Straße gegangen.

Nun werde ich wieder mit voller Kraft für Eure Belange in Berlin einstehen. Ein zentrales Thema dabei bleibt der Bahnverkehr im überlasteten Mittelrheintal. Das zeigte erst Anfang dieses Jahres eine Kleine Anfrage zum Güterzugunfall in Unkel.

Netzpolitik

Bis zum Beschluss der EU-Urheberrechtsrichtlinie im April wurde im Bundestag noch hart gestritten. In meinen Reden habe ich deutlich gemacht, dass wir der Bundesregierung ihren Schlingerkurs nicht durchgehen lassen. Mit Anfragen habe ich der Bundesregierung immer wieder zu verschiedenen Aspekten der Reform auf die Finger geklopft. Gleichzeitig habe ich dafür geworben, dass sowohl die Perspektive der Kulturschaffenden als auch die der Gegner der Richtlinie, die besonders die negativen Auswirkungen der Artikel 15 und 17 befürchten, ernst genommen werden. Die Richtlinie muss bis zum 7. Juni 2021 umgesetzt werden. Ich setze mich weiter für eine sachliche Debatte ein, denn nur so ist ein echter Interessenausgleich möglich. Derzeit sondiere ich die juristischen und politischen Handlungsspielräume für die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie, denn gute Politik setzt gute Vorbereitung voraus.

In der Enquête-Kommission Künstliche Intelligenz habe ich an der Projektgruppe „KI und Staat“ mitgearbeitet. Diese hat einen Zwischenbericht erstellt, in den ich auch grüne Schwerpunkte zu der Ablehnung autonomer Waffen oder der kritischen Bewertung von Gesichtserkennung eingebracht habe. Inzwischen hat auch die Projektgruppe „KI und Medien“ ihre Arbeit aufgenommen. In den Diskussionen will ich u.a. die Frage einbringen, wie Meinungsvielfalt auf Plattformen gewährleistet werden kann, wo KI auswählt, welche Nachrichten einem angezeigt werden.

Diskussion mit Kanzleramtschef Helge Braun

Als Leiterin der Arbeitsgruppe Digitalpolitik in der Bundestagsfraktion habe ich zu vielfältigen Themen Schwerpunktsitzungen organisiert, wo wir uns mit Gästen beispielsweise zu smartem Kinderspielzeug, Informationsfreiheit, Algorithmenregulierung oder Identitätsmanagement und Datentreuhändern ausgetauscht haben.

Mit Expert*innen aus Umweltverbänden und Reparaturinitiativen habe ich Lösungen zur Reduzierung von Elektroschrott diskutiert. Die zahlreichen Ideen bilden die Grundlage für einen Antrag, der unsere politischen Forderungen vorstellt und an dem ich derzeit arbeite.

Verbraucherschutz

Sinnbild für die Untätigkeit der Bundesregierung beim Verbraucherschutz ist ihr Verhalten rund um die Insolvenz von Thomas Cook. Wir GRÜNE haben schon vor Monaten eine Nachbesserung beim Insolvenzschutz gefordert. Selbst als die Thomas-Cook-Insolvenz auf ihrem Hö-

hepunkt war, lehnte die Bundesregierung unseren Antrag ab. Von der Insolvenz sind ca. 40.000 Menschen betroffen. Jetzt stellt sich die Frage, wer am Ende die Rechnung für dieses Versagen der Bundesregierung zahlen muss. Ich setze mich dafür ein, dass die Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen wird.
Um dem Wildwuchs bei missbräuchlichen Finanz- und Versicherungsprodukten Einhalt zu gebieten, habe ich einen Antrag zum Thema Restschuldversicherung vorgelegt. Eine Restschuldversicherung ist ein häufig unnötiges, überteuertes und unwirksames Produkt, das den Verbraucher*innen oft bei Kreditverträgen untergeschoben wird.

Mit der GRÜNEN Jugend beim Rhine Clean up 2019

Auch den Kampf gegen unerlaubte Telefonwerbung führe ich weiter. Mein Antrag dazu war Gegenstand einer öffentlichen Anhörung im Bundestag. Zwar hat die Bundesregierung angekündigt, sich um diesen Missstand zu kümmern, allerdings geht sie wieder nur den halben Weg: Statt für alle soll es nur für einzelne Branchen (Strom- und Gasanbieter) eine Bestätigungslösung geben. Immerhin hat die neue Justiz- und Verbraucherschutzministerin Lambrecht vor, die Vertragslaufzeiten zu begrenzen, was wir schon 2017 in einem Antrag gefordert haben. Das zeigt: Am Ball bleiben lohnt sich.
Eine Begrenzung von Vertragslaufzeiten reicht aber aus meiner Sicht nicht aus, um unerwünschte Abos und Langzeitverträge zu bekämpfen. Ich setze mich deswegen für die Aufnahme von einfachen und klaren Kündigungsmöglichkeiten im Internet ein. Es ist nicht einzusehen, wieso ein Vertragsschluss durch einen Klick im Internet erfolgen kann und eine Kündigung nicht. Hier werde ich bald einen praktikablen Vorschlag vorlegen.

Medienpolitik

Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der für unsere Demokratie unerlässlich ist, steht nach wie vor an. Daher habe ich im Frühjahr einen umfassenden Antrag in den Bundestag eingebracht und ein klares Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefordert. Außerdem schlage ich eine Expertenkommission vor, die Vorschläge für die digitale Medienwelt machen soll. Mit dieser Initiative konnte ich die erste Plenardebatte zu diesem Thema im Bundestag seit vielen Jahren anstoßen, womit auch der Startschuss für eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen erfolgt ist.

Nicht zuletzt die Fridays-for-Future-Bewegung hat deutlich gemacht, dass alle Branchen für die Einhaltung der Klimaziele ihren Beitrag leisten müssen. Das gilt auch für den Filmbereich. Im Vorfeld der Berlinale veranstaltete ich ein gut besuchtes Fachgespräch zur Nachhaltigkeit in der Filmproduktion und im Kino. Der intensive Austausch mit der Filmbranche gab viele Impulse, die sich in einem Positionspapier zu Grünem Kino niederschlagen. Anfang des kommenden Jahres werde ich dieses vorstellen.

Bei Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen zu den Themen Desinformation und Hass im Netz habe ich mehr Handlungswillen der Bundesregierung gefordert. Auch in Bezug auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz werde ich mich für eine Reform einsetzen, die Fehler des Gesetzes beheben soll. Wichtig ist die Balance zu halten zwischen Meinungsfreiheit einerseits und wirksamem Vorgehen gegen strafbare Äußerungen andererseits.